

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/56. Jahrgang

Dezember 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Wahnsinniger Wohnungsboom – peinlicher geht's nicht!

„Wohnbau Gießen schafft mehr Plätze für wohnungslose Frauen“, jubilierte die Gießener Allgemeine im Auftrag der städtischen Wohnbau GmbH im November. Denn jedes Jahr gibt es dreihundert Anfragen von Frauen, die dringend Wohnungen suchen. Nicht gerechnet die Frauen, die sich realistisch von einer Anfrage nichts erwarten. Da ist die nun eingeleitete Aufstockung von 13 auf 16 Zimmer sicher ein Quantensprung „und ein wichtiger Schritt gegen Obdachlosigkeit“! Aber – so sehr wir uns über die drei Zimmer freuen – „es ist nur ein kleiner

Baustein“, wie Francesco Arman zugibt. Wahrscheinlich hat der Sozialdezernent (ehemals Linke, jetzt SPD) als größeren Baustein hauptsächlich seine Wiederwahl bei den Kommunalwahlen 2026 im Blick.

M. Berger



**Gießen - sozial
und friedentüchtig**

Gießen braucht es und wir sind bereit

**Kommunalwahl
am 15. März 2026**

Das Wahlbündnis GSF hat den Wahlkampf mit einer Kundgebung mit seinen Kandidatinnen und Kandidaten im Seltersweg gestartet und stellt sein Wahlprogramm vor. **Siehe Seite 4**

Krise der Tafeln S. 2

Rechts-Staat – Demo
gegen AfD-Jugend in GI S. 2

Kurz und Gießen –
Kal, mei Drobbe!
Liebigschule: 30 Jahre
monatlich 107.000 Euro;
Ehrung Ria Deeg S. 3

GSF – das Wahlbündnis S. 4

Uniklinikum S. 5

Rentenstreit S. 6

Nein zur Wehrpflicht S. 6

Nigeria: Krise durch
Kapitalismus S. 7

Wohnungskonzerne im Profitrausch

Der größte deutsche Immobilien-Konzern Vonovia kann mit seinen Profiten mehr als zufrieden sein: Knapp zwei Milliarden Euro werden es in diesem Jahr – etwa 4.000 Euro pro Wohnung. Bezahlen müssen das die Mieter. Um durchschnittlich 4,3% stiegen die Mieten im Vergleich zum Vorjahr. Neben den Mieten haben Konzerne die mit dem Wohnen verbundene Dienstleistungen als Profitquelle entdeckt. Energieversorgung, Reinigung, Reparaturen – für all das haben sie Tochterfirmen gegründet. Deren Preisgestaltung haben sie selbst in der Hand und können so ihre Gewinne erhöhen.

Alle staatlichen Ansätze zur Begrenzung der Mieten haben bis jetzt nicht verhindert, dass die Mieten stärker steigen als die Einkommen. Fast alle, die auf eine Mietwohnung angewiesen sind, müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens allein fürs Wohnen ausgeben. Nur durch einen massiven öffentlichen oder öffentlich geförderten Wohnungsbau oder -kauf könnte dieser Trend gestoppt werden. Von den jeweils regierenden Parteien hat das noch keine versucht. Nur eine starke Mieterbewegung könnte das Treiben der Miethaie beenden.

Gernot Linhart

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Die Krise der Tafeln: auch in Gießen

Die Übernahme der DDR durch das BRD-Kapital war bekanntermaßen keine Erfolgsgeschichte. Das Ende der Systemkonkurrenz machte soziale Wohltaten in der BRD entbehrlich. Die Vernichtung von ca. 70% der Industriearbeitsplätze der DDR und der Siegeszug des sogenannten Neoliberalismus ließen die Armut im vereinigten Deutschland in die Höhe schnellen. Die Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung und die Zahl der Wohnungslosen stiegen stark an. Gleichzeitig wurde am Sozialstaat gespart. Aktuell gelten ca. 14 Millionen Menschen in der BRD als arm. Die Idee der Tafeln (meist ehrenamtliche Bürgerinitiativen) war einfach, aber wirksam: Supermärkte, Bäckereien, Produzenten und später auch Großhändler hatten täglich große Mengen an gut verwertbaren Lebensmitteln (leicht beschädigte Verpackungen, überzählige Ware, Produkte kurz vor Ablauf) übrig. Diese wurden früher fast vollständig weggeworfen. Ehrenamtliche Gruppen sammelten deshalb überschüssige Lebensmittel ein und

gaben sie kostenlos ab. Die erste Tafel entstand 1993 in Berlin. Heute gibt es rund 960 Tafeln in Deutschland mit über 2 Millionen regelmäßigen Nutzern. Die **Tafel in Gießen** wurde am 6. Dezember 2005 in der Weststadt eröffnet. Ursprünglich wurden an zwei Ausgabebtagen ca. 60 Haushalte mit rund 175 Personen versorgt. Aktuell sind es 4.800 Personen – darunter ca. 1.450 Kinder – in rund 1.250 Haushalten. Allerdings stecken die Tafeln nicht nur in Gießen spätestens seit 2022 in der Krise. Der Krieg in der Ukraine hat die bereits zuvor bestehende Krise verstärkt: Steigende Lebensmittelpreise, steigende Energie- und Mietkosten, mehr Menschen in Armut, mehr Flüchtlinge und immer mehr Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Also steigende Nachfrage und ein sinkendes Angebot an abgegebenen Lebensmitteln

– die Konzerne kalkulieren knapper – bringen die Tafeln an ihre Grenze. So ehrenwert das Engagement der ehrenamtlichen Helfer auch ist, so wenig kann es einen funktionierenden Sozialstaat ersetzen. Der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung, wie es kapitalistische Staaten zu tun pflegen. Da sind Widerstand und Protest notwendig.

Henning Mächerle



Rechts-Staat in Gießen

Zehntausende haben am 29.11. gegen den Gründungskongress der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (GD) demonstriert. Schon im Vorfeld hatten die bürgerlichen Medien die Stimmung aufgeheizt. Die Demonstrierenden würden die „Stadt Gießen zum Brennen bringen“ hieß es da. 6.000 Polizeibeamte aus 15 Bundesländern reisten an. Alle Veranstalter und das Bündnis „Widersetzen“ riefen indes zur Besonnenheit auf. Damit sich die 800 AfDler störungsfrei zusammenrotten konnten, wurde die Bewegungsfreiheit tausender Bürger massiv eingeschränkt. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Radfahrer wurden an den Lahnbrücken von Polizeiketten gestoppt. In die westlichen Orte Giessens gelangten nur Personen, die dort wohnen, nicht aber Menschen, die jemanden besuchen oder an ihren Arbeitsplatz wollten. Die AfD-Delegierten und Gäste wurden hingegen eskortiert oder sogar direkt zum Versammlungsort gebracht.

Trotz des massiven Polizeieinsatzes gelang es denjenigen, die an den Blockadeaktionen rund um das Gelände teilnahmen, die An- und Abreise der AfD-Mitglieder für etwa zwei Stunden zu verzögern. Politisch waren die Proteste vom kleinsten gemeinsamen Nenner geprägt: Alle gegen die AfD! Die Frage nach dem Grund für den Aufstieg der Rechtspopulisten wurde hingegen kaum gestellt. Ganz im Gegenteil: Alle großen Parteien (FDP, Grüne, SPD), die den Erfolg der Rechtspopulisten mit ihrer Politik überhaupt erst möglich gemacht hatten, reihten sich in die „Eintracht der Demokraten“ ein. Auch wenn

die CDU nicht mit aufrief, reißen sie sich ein die Eintracht der Demokraten. Ähnlich wie bei vorangegangenen Großdemonstrationen gegen die AfD demonstrierten Kriegstreiber, soziale Kahlschläger, Militaristen und neoliberale Marktradikale völlig ungeniert „gegen rechts“. Nur wenige Gruppe wie die DKP machten deutlich: Es hat System, wenn bei Bildung, Gesundheit und Sozialem gespart wird, während unbegrenzte Summen für Krieg und Hochrüstung bereitstehen. Während die Empörung über den Rassismus der AfD (zurecht) groß ist, gehören rassistische „Stadt-bild“- und Abschiebekampagnen zum guten Ton der „Demokraten“. „Die AfD macht die Hetze, die Regierung die Gesetze“. Die Politik der AfD ist die Zuspitzung der Politik der Altparteien. Sie ist keine „Alternative“, sondern ein Teil des Systems. Gestoppt werden können sie und der brandgefährliche Kriegskurs nur durch den gemeinsamen Kampf der Mehrheit der Bevölkerung auf der Straße und in den Betrieben.



Demos am 29.11. in Gießen

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



30 Jahre lang – 107.000 Euro Miete monatlich...

...kostet die Gießener/-innen die Sporthalle der Liebigschule. Das hat man davon, wenn man sich in die Profithände der Bauindustrie begibt, anstatt selbst Lösungen zu finden. Die Gießener Stadtverordneten haben es möglich gemacht. Da der Investor auch für Reparaturen sorgt, wird nur das Allernötigste repariert. Reparaturen schmälern den Profit. Wegen angeblichem Platzmangel ist noch nicht einmal

eine Tribüne für Veranstaltungen der Vereine vorhanden. Da fragt man sich, ob die Abgeordneten wirklich wussten, was sie beschlossen haben.

Vermutlich ist die Halle aber dermaßen kriegstauglich gebaut, dass im dichtesten Granatenhagel noch ein Fußballspielchen drin ist. Auch ohne Zuschauer.

Die Eröffnung erfolgt kurz vor den Kommunalwahlen! Aha!



**107.000 Euro x 30 Jahre
x 12 Monate = 38.520.000 Euro**

Eine Stele für die Kommunistin und Widerstandskämpferin Ria Deeg

Stadtparlament Gießen – SPD weitet DKP-Antrag aus. Am Tag der Sitzung des Gießener Stadtparlaments stellte die SPD einen Antrag, der den Antrag von Martina Lennartz (DKP) auf öffentliche Ehrung der Gießener Widerstandskämpferin und Kommunistin ersetzen sollte. Da der Antrag dem Leben von Ria für Frieden und Sozialismus gerecht wurde, ver-

zichtete Martina Lennartz auf ihren eigenen Antrag. Um den Antrag der SPD erfolgreich abzulehnen, benötigten einige Grüne und der bürgerliche Block (CDU, FDP, FW) die Stimmen der AfD (siehe Kasten unten).

Im Vorfeld entblödete sich der Wiesecker Vorsitzende des Stadtparlaments Oswald (CDU) nicht, zu erklären, dass Ria Deeg nichts

mit Wieseck zu tun habe. Ria Deeg wohnte von mindestens 1949 bis zu ihrem Tod im Jahre 2000 in Gießen-Wieseck. Soviel zur Sachkenntnis von CDU-Politikern!

<https://giessen.dkp.de/stadtparlament-giessen-ehrung-der-widerstandskaempferin-ria-deeg-abgelehnt>

Wir dokumentieren die **Fraktion der geschichtslosen Neinsager** im Gießener Stadtparlament, die einer Widerstandskämpferin die öffentliche Ehrung verweigern:

Herr Bathen	AfD
Frau Enners	AfD
Herr Martin Schmidt	AfD
Herr Mirolid-Stroh	GRÜNE
Frau Nürnberger	GRÜNE

Herr Greilich	GRÜNE
Herr Grußdorf	GRÜNE
Frau Janetzky-Klein	GRÜNE
Herr Seibert	GRÜNE
Frau Widdig	GRÜNE
Herr Michel Zörb	GRÜNE
Herr F. Bouffier	CDU
Herr Möller	CDU
Herr Oswald	CDU

Frau Helmchen	CDU
Herr Roth	CDU
Frau Kathrin Schmidt	CDU
Herr Markus Schmidt	CDU
Frau Wagener	CDU
Herr Erb	FDP
Frau Giorgis	FDP
Herr Dr. Greilich	FDP
Frau Mauthe	FW

Buslinien in Gießen: ahnungslose Planer

Im Gießener Busliniennetz gibt es immer wieder Änderungen und Erweiterungen. Die in diesem Jahr geplanten Änderungen zeigen, dass die Netzplaner kaum Kenntnisse darüber haben, welche Wege die Nutzer bevorzugt zurücklegen. Gut für die Fahrgäste wäre es, wenn sie aus ihren Wohngebieten ohne Umstieg in die Gewerbege-

biete fahren könnten und aus Wohnungen am Stadtrand oder in den Vororten direkt in die Innenstadt kämen. Die Stadtwerke haben jetzt Planungen vorgestellt, bei denen für viele Menschen deutlich mehr Umstiege notwendig sind. Auf die Kritik reagierten sie mit der Aussage: „Das hatten wir nicht auf dem Schirm“. Von Unkenntnis der Ver-

hältnisse in der Stadt zeugt auch der Ratschlag, möglichst wohnungsnah einzukaufen. Wo in der Stadt ist das noch möglich? Es sollte selbstverständlich sein, dass bei Planungen die Nutzer von vornherein einbezogen werden. Dann wären deutliche Verbesserungen ohne hohe Kosten möglich.

Gernot Linhart

Gießen – sozial und friedenstüchtig (GSF)



Aus dem Wahlprogramm des neuen Wahlbündnisses

Der Frieden braucht Verhandlungen statt Sanktionen, ein Ende der Waffenlieferungen und der Hochrüstung. Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Gelder, die für Rüstung und Kriegstüchtigkeit ausgegeben werden, fehlen in Bildung, Gesundheit, im Sozialen und zur Organisierung der wirtschaftlichen Umgestaltungen im Interesse der Beschäftigten. Natürlich hat die Bundespolitik Auswirkungen auf die Politik in Gießen. Viele wissen nicht, wie sie Stromrechnungen und Lebenshaltungskosten bezahlen sollen. Bei

den großen Konzernen knallen die Sektkorken und die Deutsche Börse feiert ein neues Allzeithoch. Wir wollen ein Gießen, das für Menschen da ist und nicht für Profite und Kriege, eine Stadt, in der alle gerne und zufrieden leben.

Was hat das mit Gießen zu tun?

In Gießen nehmen Alters- und Kinderarmut stetig zu. Rund 26 % der Kinder in Gießen gelten als arm. Hohe Mietkosten und zu wenig Wohnraum sorgen mit dafür, dass die Zahl der Obdachlosen steigt. Der zunehmende Mangel an Schul- und Berufsausbildung bewirkt Arbeitslosigkeit und Armut. Studenten finden keine Zimmer und können die Semestergebühren kaum noch bezahlen. Die Probleme sind konkret, sie sind sichtbar und bekannt. Trotzdem herrscht im Gießener Stadtparlament bei vielen Punkten Stillstand.

Wir benötigen kein langes Wahlprogramm, sondern eine bessere Kommunalpolitik.

- Gießen braucht – freien Wohnraum für alle
- Gießen braucht – mehr Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit für alle
- Gießen braucht – Daseinsvorsorge in Bürgerhand
- Gießen braucht – eine lebenswerte Stadt für alle
- Gießen braucht – mehr Solidarität für alle
- Gießen braucht – eine lebendige Umwelt für alle
- Gießen braucht – Frieden und Schutz vor nuklearer Vernichtung

Das ausführliche Wahlprogramm findest Du unter:

www.giessen.dkp.de

E-Mail: gsf-giessen@web.de



Einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten:

hintere Reihe (von links): Werner Ortmüller, Mario Berger, Toni Geisberger, Werner Janik, Michael Drees, Barbara Wolff, **mittlere Reihe**: Tatjana Thum, Gernot Linhart, Asis Hasan, Karl Gierth, Helmut Appel, **vordere Reihe**: Zoë Langner, Martina Lennartz, Emilia Selig



Warum ist die AfD so gefährlich?



Der Einladung zum Vortrag und zur Diskussion mit Jürgen Lloyd folgten gut 50 Interessierte. Lloyd ist Mitglied des Vorstands der Marx-Engels-Stiftung. Er schilderte die widersprüchlichen Einschätzungen zur AfD aus unterschiedlichen Perspektiven.

Kundgebung GSF am 22.11.

Der ersten Kundgebung des GSF schlug großes Interesse der



Gießener Bevölkerung entgegen. Die Besucher wurden konkret gefragt, was sie an Gießen stört und was sie vermissen. Gute Gespräche bei Tee, Kaffee und Gebäck waren ein erfolgreicher Einstieg in den Wahlkampf. Nächste Kundgebung: **Sa. 6.12. ab 10:30 Uhr:** Reichenberger Str. 5, Nordstadtzentrum.

Enthüllung Stele Ria Deeg



Mit einem gemeinsamen Aktionstag machten die Omas gegen rechts und der DGB-Kreisverband mit Ulf Immelt für die VVN-BdA am 7.11. erneut auf die notwendige öffentliche Ehrung der Widerstandskämpferin und Gewerkschafterin Ria Deeg aufmerksam. Eine Büste von Ria wurde enthüllt.



Link zum Film in voller Länge:
<https://youtu.be/cJ4QRQCipbc>

Uniklinikum: Präsidenten für Verstaatlichung?

Die Vorstände der Unikliniken Gießen/Marburg (UKGM) beklagen regelmäßig, dass sie vom Land weniger Geld für Investitionen bekommen als das Uniklinikum Frankfurt. In einem offenen Brief, einem sogenannten Weckruf, kritisierten die Klinikdirektoren die ungleiche Behandlung. Für diese gibt es allerdings einen Grund: Das UKGM ist ein Betrieb, der mit staatlichem Kapital private Gewinne erwirtschaftet. In einem „Zukunftsvertrag“ wurde dem UKGM vor einigen Jahren ein staatlicher Zuschuss von mindestens 50 Mio. Euro pro Jahr zugesichert.

Im Gegenzug hatte sich die Rhön AG als Eigentümerin verpflichtet, keine Gewinne aus dem Klinikbetrieb zu entnehmen. Das steht in krassem Widerspruch zu den von der Rhön AG öffentlich verkündeten Gewinnerwartungen. 110 Mio. Euro im Jahr sind das den Aktionären versprochene Ziel. Im Mai wurden alle dem Konzern angehörenden Kliniken aufgefordert, einen Plan zur Erreichung dieses Ziels zu erstellen. Das UKGM ist das bei Weitem größte Klinikum der Rhön AG. Wieviel Geld aus diesem Betrieb zur Rhön AG fließt, kann niemand über-

prüfen. Das zuständige Ministerium hat keine Einsicht in den operativen Betrieb der Krankenhäuser, obwohl das Land Hessen mit 5% am UKGM beteiligt ist.

Bis jetzt haben die Klinikdirektoren die 2006 erfolgte Privatisierung nie kritisiert. Das hat sich jetzt geändert. Als Alternative zum jetzigen Zustand nennen sie „die vollständige Rückkehr des UKGM in alleinige staatliche Trägerschaft“. Das fordern wir als DKP und viele andere schon seit 2006.

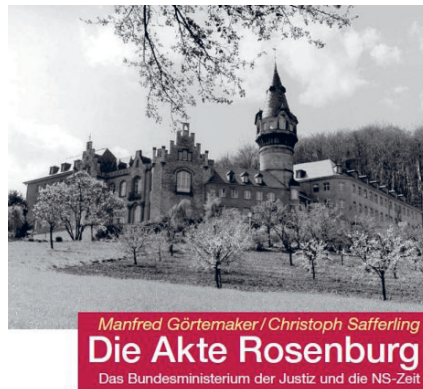
Gernot Linhart

Ausstellung: Nazi-Juristen im BRD-Ministerium

Ab 1933 herrschte im Reichsjustizministerium der Ungeist des Faschismus. Den meisten Juristen fiel es nicht schwer, sich zu der unmenschlichen Gesinnung zu bekennen, Nazi-Gegner wurden schnell entlassen. Die NS-Justiz war ein wichtiger Faktor bei der Durchsetzung faschistischer Gewalt. Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Rote Armee und die Westalliierten wurde das Ministerium aufgelöst. Einige wenige Mitarbeiter mussten sich im Nürnberger Juristenprozess verantworten, die meisten kamen ungeschoren davon.

1949 wurde wieder ein Justizministerium gegründet, es zog in ein malerisches Schlösschen bei Bad Godesberg, die Rosenberg. Etwa die Hälfte des Personals waren frühere Mitarbeiter der NS-Justiz. Von einer Aufarbeitung der Vergangenheit konnte keine Rede sein. Das Ministerium war eifrig bemüht, die Verfolgung von Straftaten aus der Nazizeit zu verhindern. Ins Ausland geflohene Täter wurden gewarnt, wenn ihnen Strafverfolgung drohte. Nach 1960 wären nach der damaligen Rechtsprechung fast alle NS-Verbrechen verjährt. Das Ministerium kämpfte gegen eine Verlängerung der Verjährungsfristen, zum Glück erfolglos.

Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde nicht nur die Rolle der NS-Justiz, sondern auch die des Bundesministeriums wissenschaft-



lich erforscht. Das Ergebnis wurde in dem Buch „Die Akte Rosenberg“ (M. Görtemaker, C. Safferling) veröffentlicht. Zur Veranschaulichung wurde eine sehenswerte **Wanderausstellung** erstellt. Diese ist noch **bis zum 16.12. im Campus der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Foyer des Hörsaalgebäudes, Licher Straße 68**, zu sehen. Zur Vertiefung des Themas stehen dort einige kostenlose Broschüren zur Verfügung. G. Linhart

**DIE ROSENBERG –
DAS BUNDESJUSTIZMINISTERIUM IM
SCHATTEN DER NS-VERGANGENHEIT**

25. September – 16. Dezember 2025

Wanderausstellung

Die Ausstellung ist ein Teil der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vorgeschichte des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV).

Justus-Liebig-Universität Gießen
Campus Recht und Wirtschaft
Licher Str. 68 (Foyer des Hörsaalgebäudes)
35394 Gießen

Montag bis Freitag | 9–18 Uhr
Samstage 18. Oktober/15. November/13. Dezember | 9–18 Uhr

Aus dem Stadtparlament

ABGELEHNT!

Folgender Antrag von Martina Lennartz (DKP) wurde in der Stadtverordnetenversammlung im November abgelehnt: Der Magistrat wird gebeten, weitere Stellplätze für Fahrräder um das Rathaus und auf dem Brandplatz zur Verfügung zu stellen. Begründung: Es gäbe genug Fahrradstellplätze.

PRÜFANTRAG

Aus folgendem Antrag von Lennartz wurde ein Prüfantrag: Der Magistrat wird gebeten, weitere Trinkbrunnen in Gießen zu installieren.

PRÜFANTRAG

Aus folgendem Antrag von Lennartz wurde auch nur ein Prüfantrag: Der Magistrat wird gebeten, kurzfristig eine Lösungsstrategie zu erstellen, damit kostenfreie (auch) behindertengerechte Toiletten in der Gießener Innenstadt zu Verfügung gestellt werden können – an allen Tagen und zu allen Uhrzeiten.

Täuschungsmanöver Rentenstreit

Die „junge Gruppe“ von der „Jungen Union“ schwingt sich zum Interessenvertreter der gesamten jungen Generation auf und probt den Aufstand. Vorgebliches Ziel: die Verhinderung eines Rentenbeschlusses, der die Höhe der Rente auf 48% des letzten Lohnes vorerst garantiert. Bar jeglichen Fachwissens behaupten deren Vertreter, dies sei nicht finanzierbar, gehe zulasten der Jungen, und sie verlangen eine grundlegende Reform der Renten. Diese Schnösel (mit monatlichen Diäten in Höhe von 12.000 Euro plus Zulagen) sind Mitglieder der für die Altersarmut hauptverantwortlichen CDU. Sie erhalten dafür viel Lob und Beifall der Unternehmer und ein wohlwollendes Medienecho ohnegleichen. Man fragt sich:

Wem nutzt das ganze Trara?
Den Kapitalvertretern, die

langfristig die gesetzliche Rente, die noch von Unternehmern und Beschäftigten zu gleichen Teilen bezahlt wird, „grundsätzlich reformieren“, d.h., langfristig abschaffen wollen – zugunsten einer rein privat finanzierten Rente.

Den Rüstungsgewinnlern, die Friedensverhandlungen torpedieren und den nächsten Krieg planen, die, die „junge Generation“ möglichst störungsfrei erst mustern und dann an die Front schicken wollen. Dann werden nicht nur die Altersrenten, sondern auch die Kriegerwitwen- und Waisenrenten auf der Tagesordnung stehen.

Erika Beltz



Fakten zur Rente

2007 wurden letztmalig die Rentenbeiträge erhöht. Sie wurden 2018 sogar leicht gesenkt, obwohl die Anzahl der Rentner gestiegen war.

Gleichzeitig wurde der Anteil der Haushaltsmittel für die Rente vom Staat reduziert: von 31% im Jahr 2004 auf 25% im Jahr 2024.

Damit bezahlt der Staat deutlich weniger ein, als er für sogenannte „versicherungsfremde Leistungen“ aus der Rentenkasse entnimmt. Die Differenz betrug 40 Mrd. Euro im Jahr 2023, die sich der Staat aneignet.

Und der drohende Rentnerberg? Auch er eine Mogelpackung: 2019 gab es 1,003 Mio. Neurentner, 2025 1,185 Mio., 2029 ein Höchststand von 1,302 Mio., dann aber geht's steil bergab bis nur noch 927 Tausend im Jahr 2038. Alles kein Drama.

Fragebogen? Musterung? Kriegsdienst?

Nicht mit uns! Solidarität mit den bundesweiten Schulstreiks am 5.12.2025.

Die Bundesregierung hat sich in Sachen Wehrpflicht geeinigt. Für alle männlichen Jugendlichen, die ab 2008 geboren wurden, stehen mit dem 18. Lebensjahr jetzt Fragebogen und Musterung an. Wenn durch diese Zwangsmaßnahme immer noch nicht genug Jugendliche

reden oder mit den Großvätern.“

Jugendlichen, die jetzt in den Krieg geschickt werden sollen, bleibt also überlassen, ob sie lieber mit ihrem Vater über die Erfahrung in der Bundeswehr beim völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, oder mit ihren Großeltern über die Kriegsverbrechen der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg sprechen wollen.

Die deutschen Banken und Konzerne brauchen ein hochgerüstetes Deutschland, um ihre Interessen in der ganzen Welt auch militärisch durchzusetzen. Auf dem Weg hin zu mehr Kriegsfähigkeit ist die Wehrpflicht ein zentraler Schritt.

Matthias Miersch von der SPD forderte in einer Pressekonferenz, junge Menschen sollen sich engagieren. Genau das machen junge Menschen. Wir engagieren uns gegen die Wehrpflicht, Aufrüstung und jede Form von Zwangsdiensten – am 5.12. bei den bundesweiten Schulstreiks gegen die Wehrpflicht.

Wir wollen weder kriegsfähig gemacht werden, noch einen dritten Anlauf Deutschlands zur Weltmacht nach zwei Weltkriegen. **Wir sterben**

nicht für die Interessen der deutschen Banken, Konzerne und Regierung.

Wir als SDAJ stehen solidarisch an der Seite aller, die am 5.12. streiken und unterstützen die Streikkomitees vor Ort.

Wir lassen uns nicht in Kriege treiben!



Kontakt zur SDAJ Hessen:

<https://www.hessen.sdaj.org/>

Link zum GEW-Artikel:

<https://www.gew-frankfurt.de/flz/artikel/details/junge-menschen-nicht-als-kanonenfutter-missbrauchen>



Wir sagen: Nein zur Wehrpflicht! Gegen alle Zwangsdienste!

Für die, die uns an der Front verheizen wollen, werden mit der Wehrpflicht langersehnte Träume wahr. In der Pressekonferenz zum neuen Wehrdienstgesetz verkündete CDU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann mit Freude, es sollten „Söhne mit ihren Vätern über ihre Erfahrung bei der Bundeswehr

Tue Gutes und sprich darüber!

Ist es nicht schön, dass wir die „Service-Klubs“ wie Lions, Rotary, Soroptimist und Zonta haben? Sie liefern immer wieder beeindruckende Bilder auf den lokalen Titelblättern. Da werden Spendenschecks in Garagentorgröße überreicht. Die Beträge, die darauf stehen, sind eher überschaubar, meist in den niedrigen Tausendern. Immer publikumswirksame Benefizaktionen, zuletzt ein Malwettbewerb für den Lions-Adventskalender. Beim Lions Club Gießen immer wieder gerne fotografiert: unser geliebter Oberbürgermeister Becher und der nahezu allmächtige Regierungspräsident Ullrich. Stets in festlichem Ambiente, für den entsprechenden Auftritt spielt Geld keine Rolle. Und die Gießener Honoratioren dürfen sich im besten Licht präsentieren.

Diese elitären Klubs wurden allesamt zu Anfang des 20. Jh. in den USA gegründet. Lions und Rotary als Herrenklubs, Soroptimist und Zonta für die Damen der Gesell-

schaft. Zufall? Der US-Staat war zu keiner Zeit etwas anderes als eine reine Service-Gesellschaft für das Großkapital, nicht für die Menschen, die ruhig im Elend leben dürfen. Erst das offensichtliche Nichtfunktionieren staatlicher Strukturen und die Entstehung der Massenmedien schafften die Bühne für Charity und damit die Existenzgrundlage für jene Vereine.

Nach Annexion und Zerstörung der DDR trat die BRD konsequent in die amerikanischen Fußstapfen und zerschlug den Sozialstaat. Damit bekamen die „Service-Klubs“, die bereits vorher aktiv waren, erst richtig Oberwasser.

In einem Staat, der seine Aufgaben für die Menschen erfüllt und der wirksam verhindert, dass Menschen in Not geraten und zweifelhafter „Hilfe“ bedürfen, wären diese Vereine funktionslos. Und die Honoratioren genauso glamourös wie Günter Mittag.

MD



Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen“ (Bertolt Brecht)



Sagen
was
ist!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/



Nigeria: Opfer seiner kolonialen Vergangenheit

Nigeria kommt aus der Krise nicht heraus. Wieder sind von islamistischen Banden Mädchen aus einer katholischen Schule entführt worden. Was kaum bekannt ist: Auch Gießen hat Kontakte nach Nigeria. Die IHK Gießen-Friedberg ist seit 2005 Teil eines bundesweiten Kompetenznetzwerkes für Nigeria. Schwerpunkt ist die Förderung der nigerianischen beruflichen Bildung. Der westafrikanische Staat ist mit 190 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land und die zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas. Zwei Drittel der Menschen leben dort in extremer Armut. Rund 40%

der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Dabei ist Nigeria ein reiches Land. Es besitzt die größten Erdölreserven Afrikas und große Erdgasvorkommen. Ebenso gibt es Vorkommen von Gold, Zinn, Kalkstein, Kohle, Bitumen und seltenen Mineralien. Öl macht 90% der Exporterlöse und über 50% der Staatseinnahmen aus. Aber gerade der Zugang zu diesen Geldern stürzt den Staat immer wieder in die Korruption. Internationale Konzerne ziehen dabei häufig die Fäden. Als Erbschaft aus der britischen Kolonialzeit fördert der Shell-Konzern seit 1958 Öl im

Nigerdelta und kontrollierte zeitweise über 30% der nigerianischen Ölförderung. Auch die italienische ENI (Agip), Total Energies (Frankreich) und die US-Konzerne Chevron und Exxonmobil sind an der Ausbeutung beteiligt. Zeitweise entfielen rund 40% von Nigerias Außenhandel auf die EU.

Wie in vielen Ländern Afrikas sind die Gründe für die Armut ähnlich: Ausbeutung durch den kapitalistischen Weltmarkt. Als Produkt der kolonialen Strukturen ist die Ökonomie Nigerias abhängig vom Verkauf der Rohstoffe. Nach der Unabhängigkeit wechselten sich Militärdiktaturen ab. Dabei ging der Kampf wesentlich um Zugang zu den Rohstoffeinnahmen. Internationale Konzerne nutzten die Situation für ihre Profite aus. Nie ging es um die Interessen der Bevölkerung. Die ständige Krise, die Umweltzerstörung, die wachsende Bevölkerung, die grassierende Armut, das alles verschärfte die Konflikte zwischen den zwei größten Religionen des Landes (Christentum und Islam) und in Folge die Kriminalität.

Henning Mächerle

KOPFÜBER IN DEN KRIEG

GEGEN RÜSTUNGSWAHN UND
MEDIALE MOBILMACHUNG

10. JANUAR 2026
31. INTERNATIONALE
ROSA-LUXEMBURG-
KONFERENZ

Jetzt Ticket sichern!



Die Tageszeitung
junge Welt
Melodie & Rhythmus

Programm: <https://www.jungewelt.de/rlk/de/node/245.programm.html>



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de ✉

Sa. 6.12. ab 10:30 Uhr:

Infostand Wahlbündnis GSF –
Reichenberger Str. 5 / vor dem
Nordstadtzentrum

Mi. 10.12. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen –
Ort bitte erfragen

Do. 11.12. ab 18 Uhr:

Stadtverordnetenversammlung –
Rathaus

Sa. 13.12. um 15 Uhr:

Buchvorstellung "Matchplan
Meuterei" mit Raphael Molter
(jW-Autor, schreibt zu Fußball
und Klassenkampf) – Georg-
Büchner-Saal, Bismarckstr. 37

Sa. 13.12. ab 18:30 Uhr:

Rote Winterfeier: Musik,
Pub-Quiz, Foto- und
Bannerausstellung – Georg-
Büchner-Saal, Bismarckstr. 37



Mi. 24.12.:

Redaktionsschluss Jan.-Echo

Fr. 26.12. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Sa./So. 10./11.1.2026:



Rosa-
Luxemburg-
Konferenz
und LLL-
Demo in
Berlin

Infos:

<https://www.jungewelt.de/rlk/>

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** plante der Magistrat einen „Stadtzubringer Nord“. Vom Gießener Ring sollte eine mehrspurige Straße durch die Weststadt, über die Lahn ins Nordviertel und dann auf der Sudetenlandstraße zur Marburger Straße führen. Die DKP unterstützte die erfolgreichen Proteste der Anlieger gegen die Planung.



Vor **40 Jahren** protestierten die Berufsschüler und -schülerinnen der damaligen Friedrich-Feld-Schule (jetzt Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten) und der Max-Weber-Schule gegen die Raumnot in ihren Schulen. Die Stadt plante, die benachbarte Ricarda-Huch-Schule an die Berufsschulen zu übergeben und die dortigen Klassen in der Ostschule unterzubringen. Schließlich gab es doch den bei den Demonstrationen verlangten Erweiterungsbau.



Vor **30 Jahren** stand das Zentrallager des Nürnberger Bundes, eines Großhändlers von Haushaltsgeräten, kurz vor der Fertigstellung. Im Jahr davor, bei der Grundsteinlegung auf dem Gelände der ehemaligen Steuben-Kaserne, hatte der hessische Wirtschaftsminister die 300 neuen

Arbeitsplätze noch begrüßt. Durch die Zentralisierung der Lagerhaltung gingen an anderen Orten, z. B. in Mörfelden, mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze verloren. Ein paar Jahre später ging der Nürnberger Bund pleite.



Vor **20 Jahren** versuchte eine Bürgerinitiative die Privatisierung des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) mit einem Volksentscheid zu verhindern. Die Hürden dafür sind in Hessen allerdings sehr hoch. Zunächst hätten 140.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, dann hätten 800.000 Wahlberechtigte im Wahlamt ihre Unterschrift leisten müssen. Die Privatisierung konnte nicht mehr gestoppt werden.



Vor **10 Jahren** prügelte die Polizei in Wetzlar einer Nazi-Demonstration die Straße frei. Sie setzte Schlagstöcke und Reizgas ein. Die Nazis durften mit Fackeln zu einer Unterkunft für Geflüchtete marschieren und ihren Hass auf Asylsuchende herausbrüllen. Polizeischutz für Nazis, Verbote für Antifaschisten – das hat seit mehr als 100 Jahren Tradition in Deutschland.

Friedenspreis für Kriegsbündnis

Der Westfälische Friedenspreis soll an den Friedensschluss nach dem 30-jährigen Krieg erinnern. Die Verleihung von Friedenspreisen wird jedoch immer absurder. Mit Abrüstung, Völkerverständigung und tatsächlichen Verdiensten für den Frieden haben sie immer seltener noch

etwas zu tun. Jetzt bekam ihn das Militärbündnis NATO zugesprochen. Wenn das so weiter geht, bekommt vielleicht demnächst Hitler posthum einen Friedenspreis für seine Verdienste um schnelle Erlangung von Kriegstüchtigkeit verliehen.

Gernot Linhart

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen+Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen

oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de



Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****